

Dritter Aktionsplan für Klein- und Mittelbetriebe

# Klein, aber fein

Die Wettbewerbsfähigkeit soll gestärkt werden

VON DANI SCHUMACHER

**Beim dritten Aktionsplan für die Klein- und Mittelbetriebe bleiben die großen Leitlinien nahezu unverändert. Eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen setzt hingegen neue Akzente. Ziel des Aktionsplans ist es, die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu stärken.**

Mit zehn Leitlinien und nahezu 100 Einzelmaßnahmen will Mittelstandsminister Fernand Boden die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe stärken. Das Instrument habe sich in der Vergangenheit bewährt, erklärte Boden gestern bei der Vorstellung des dritten Aktionsplans für Klein- und Mittelunternehmen.

Auch wenn der Aktionsplan im Mittelstandsministerium ausgearbeitet wird, so sind bei der Umsetzung doch mehrere Ministerien gefordert. Die Maßnahmen reichen nämlich von Änderungen am Arbeitsrecht bis hin zu Vereinfachungen im administrativen Bereich. Eigentlich hätte der Plan bereits im vergangenen Jahr in Kraft treten sollen. Doch dann entschied man sich, die Verabschiedung des Einheitsstatuts abzuwarten, um den anstehenden Änderungen noch Rechnung zu tragen.

„Durch den Aktionsplan soll das Unternehmertum gefördert werden“, erklärt Minister Fernand Boden die erste Zielsetzung. Dazu soll der rechtliche Rahmen auf die spezifischen Bedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe angepasst werden. So soll bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie auch das Niederlassungsrecht reformiert werden. Das Ziel ist ehrgeizig: „Wenn das Dossier vollständig vorliegt, soll die Zulassung innerhalb von einer Woche erfolgen“, unterstreicht der Mittelstandsminister. Boden will auch die Zulassungsbedingungen für die verschiedenen Berufe erneut

überprüfen.

Die Mittelständler hatten in der Vergangenheit immer wieder den bürokratischen Aufwand und die damit verbundenen Kosten heftig kritisiert. Deshalb will Boden auch in diesem Bereich noch einmal nachbessern. Wichtigstes Instrument soll eine so genannte Kommunikationsplattform werden, über die sich die einzelnen Verwaltungen austauschen können. Der Unternehmer müsste dann nicht mehr ein und das selbe Dokument bei mehreren Behörden einreichen. In die gleiche Richtung zielt auch der geplante „one-stop-shop“, eine Art zentrale Anlaufstelle, an die sich die Betriebsleiter für alle verwaltungstechnischen Angelegenheiten wenden können.

## Finanzielle Unterstützung

Der Aktionsplan sieht auch finanzielle Hilfen vor. Wurden früher die Betriebe meist innerhalb der Familie von Generation zu Generation weitergegeben, so werden heute viele Unternehmen von Dritten übernommen. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, soll bei der „Société nationale de crédit et d'investissement“ (SNCI) eine neue Abteilung geschaffen werden, um die Übernahme von bestehenden Betrieben zu finanzieren. So wird beispielsweise die Schaffung eines speziellen Garantiefonds geprüft.

Der Aktionsplan will auch gegen den unlauteren Wettbewerb vorgehen. So soll die Schwarzarbeit weiter bekämpft werden. Bei den Insolvenzen soll der juristische Rahmen angepasst werden. Im Mittelstandsministerium setzt man dabei zum einen auf eine bessere Betreuung, aber auch auf eine Art Warnsystem, das es ermöglichen soll, aktiv zu werden, bevor es zu spät ist.

Auch das steuerliche Umfeld soll verbessert werden. So sollen etwa die „business angels“, die in Unternehmensgründungen investieren, von Steuervorteilen profitieren können. Außerdem soll das Prinzip des „Steuer-Nettings“ eingeführt werden. Dadurch können Steuerschulden und Steuerguthaben gegeneinander aufgerechnet werden. Zudem will Mittelstandsminister Boden dafür sorgen, dass Steuerrückzahlungen zügiger als bisher erfolgen.

## Bessere berufliche Orientierung

Auf die Hilfe des Arbeitsministers und der Sozialpartner ist Boden angewiesen, wenn er das Arbeitsrecht flexibler gestalten will, um den spezifischen Bedürfnissen der Klein- und Mittelbetriebe Rechnung zu tragen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise ein Zusammenschluss einiger Firmen, die ihre Mitarbeiter mittels „contrat de travail partagé“ untereinander je nach Bedarf austauschen könnten. Ein ähnliches System funktioniert bereits in Frankreich.

Auch die Industriezonen sollen künftig stärker auf die Bedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe zugeschnitten werden. Hinderlich war bislang oft die maximal erlaubte Bauhöhe. Auch hier soll Remedur geschaffen werden. Nicht zuletzt verspricht Minister Boden eine merkliche Beschleunigung bei der Ausarbeitung der Baupläne.

Der letzte Punkt des Aktionsplans ist der Aus- und Weiterbildung vorbehalten. Dabei wird eine Reform der Grundausbildung in Aussicht gestellt. Neben einer guten Grundausbildung setzt man im Mittelstandsministerium vor allem auf eine „realistische“ Berufsorientierung, die die wirklichen Fähigkeiten der Schüler berücksichtigt.

Die Klein- und Mittelbetriebe spielen eine nicht unerhebliche Rolle in der luxemburgischen Wirtschaft. Die 17 000 Unternehmen beschäftigen immerhin 150 000 Personen, knapp 40 Prozent aller Arbeitnehmer.